

Es ist ein Verdienst des Volkes, daß die DDR an Demokratie, Freiheit und Ansehen gewann

Ministerpräsident Hans Modrow gab nach knapp acht Wochen Regierungsverantwortung Rechenschaft vor Parlament

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete!

Die von mir geführte Regierung ist nach knapp 8 Wochen im Amt. Trotz dieser kurzen Zeit halte ich es für geboten, hier vor Ihnen bereits eine erste Rechenschaft zu legen. Das Volk der DDR und die Volkskammer haben ein Recht auf eine solche Information.

Lassen Sie mich zuvor ein Wort des Dankes sagen. Es gilt all denen, von denen die Tätigkeit dieser Regierung unterstützt, mit Rat, Kritik und Tat gefördert wurde. Es gilt vor allem den Bürgern, die mit ihrer Arbeit unsere Regierungsarbeit erst möglich gemacht haben.

Wenn die DDR in dieser Zeit so manche harte Prüfung bestanden, wenn sie ein Stück Demokratie, ein Stück Freiheit und Ansehen gewonnen hat, so ist dies das Verdienst des Volkes, das sich auf einen neuen, einen guten Weg gemacht hat. Es ist das Verdienst der Arbeitenden, der Besonnenen und der Unerhühen im Lande, die in der DDR ein neues Blatt im Buch der deutschen Geschichte aufgeschlagen und begonnen haben, ein neues Kapitel der Geschichte zu schreiben.

Alle, die die demokratische Erneuerung ausgelöst haben und heute daran mitwirken, sollten zugleich verstehen: Uns ist eine historische Chance gegeben, die ohne Einschränkung genutzt und nicht beeinträchtigt oder verspielt werden darf.

Eine neue Politik ist begonnen worden, obwohl — das will ich hinzufügen — sehr viel von der alten noch aufzuarbeiten ist. Dafür war die Zeit zu kurz, um das bereits so zu gestalten und abzuschließen. Wir haben die Öffnung der Grenzen zur BRD und zu Westberlin erlebt, die millionenfachen menschlichen Begegnungen, aber auch Gefahren dieser Entwicklung erkannt, die sich in den Akten des Vandalismus am Brandenburger Tor auch gezeigt haben. Begonnen hat ein unumkehrbarer Weg der Demokratisierung, eine große Bewährungsprobe für das Volk der DDR, eine Bewährungsprobe unter den Augen der ganzen Welt. Die wichtigsten Feststellungen, die ich heute dazu treffen kann: Es ist weitgehend gelungen, das friedliche Leben zu bewahren. Das Wort „Keine Gewalt“ ist zu einem Signum dieser demokratischen Revolution geworden. Es ist weitgehend gelungen, die Wirtschaft in Gang zu halten und die Versorgung zu gewährleisten, obwohl manche Leistungen abgenommen sind. Es ist weitgehend gelungen, die soziale Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir wissen zugleich, daß sie keineswegs vollkommen ist und viele Bürger sich Sorgen um die Zukunft machen. Ich teile diese Sorgen, aber ich habe auch begründeten Optimismus zu sagen: Wir alle zusammen, wir und die ganze Republik, besitzen Kraft und wirtschaftliche Substanz, um uns den Problemen zu stellen. Wir alle sollten den Mut und den Willen haben, sie anzupacken.

Wie lange sollen Überbrückungsgelder gezahlt werden?

Verehrte Abgeordnete! Die innenpolitische Situation der DDR ist, wie Sie wissen, nach wie vor widersprüchlich. Ich möchte einige Punkte von Bedeutung nennen, die durchaus unterschiedlichen Charakters sind. In den meisten Betrieben wird verantwortungsbewußt und mit großen Anstrengungen gearbeitet. Der Wegzug von ausgebildeten Kräften macht sich jedoch vielerorts schmerzlich bemerkbar. Ins Gewicht fällt auch das zeitweilige Fehlen von Beschäftigten, die in die BRD oder nach Westberlin gehen und dort durch diesen Arbeitsausfall eine Reihe volkswirtschaftlicher Probleme vergrößert haben. Unsere Wirtschaft hat derzeit einen Bedarf von etwa 250 000 Arbeitskräften. Zugleich ergibt sich die Notwendigkeit, Zehntausende Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, die frei geworden sind oder frei werden. Ihnen das Recht auf Arbeit zu sichern verlangt in vielen Fällen eine beschäftigungswirksame Umschulung, ein für so manchen komplizierter Prozeß, insbesondere für ältere Werktätige, die vor einen Neuanfang gestellt werden.

Ich sage aber ganz offen: Je eher sich ein Werkträger, dessen bisheriger Arbeitsplatz nicht mehr existiert, zu einer akzeptablen Arbeit entschließt und sich dafür qualifiziert, desto besser ist es für ihn und für unsere Wirtschaft. Mobilität der Arbeitskraft ist notwendig. Sie sollte kein Reizwort oder Schreckgespenst sein, sondern als objektives Erfordernis einer ertrageichen Wirtschaft gelten. Zahlreiche Bürger haben Unverständnis darüber geäußert, daß im Zusammenhang mit Strukturveränderungen von Staatsorganen bestimmte Überbrückungsgelder vorgesehen wurden. Sicherlich wäre es richtig gewesen, den Standpunkt der Regierung hierzu unverzüglich öffentlich zu erläutern. Lassen Sie mich jetzt dazu etwas sagen, ausgehend von inzwischen erfolgten Gesprächen und Festlegungen. Anlaß zu öffentlichen Protesten, sogar zu Streiks, war die Vereinbarung zwischen der für Mitarbeiter der Staatsorgane zuständigen Ge-

werkschaft und dem Ministerrat, wonach bei Aufnahme einer neuen Tätigkeit ein Ausgleichsbetrag bis zu maximal 3 Jahren gezahlt werden kann. Diese Vereinbarung ist auf Verlangen der zuständigen Gewerkschaft getroffen worden. Sie wollte im Interesse ihrer Mitglieder für Härtefälle eine soziale Sicherung erreichen, die in der Praxis bereits für viele Werk-tätige der Wismut, des Schiffbaus und des Mansfeld Kombines wirksam geworden ist.

Die öffentlichen Proteste richten sich also — ich muß es so klar sagen — gegen eine gewerkschaftliche Vereinbarung, die in der Praxis erprobt ist, im Interesse der Gewerkschafter liegt und nach Auffassung der Regierung in künftiges Arbeitsrecht aufgenommen werden sollte. Dafür wäre eigentlich eine breite Zustimmung sämtlicher Gewerkschafter zu erwarten gewesen. Man hätte ja auch die Mitglieder aller Gewerkschaften direkt befragen können, ob sie für diese 3-Jahres-Klausel sind oder bei dem einen Jahr laut Arbeitsgesetzbuch bleiben wollen. Diese Abstimmung hätte die Regierung respektiert.

Angesichts der Tatsachen hat der Ministerrat gestern die Vereinbarung mit der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane gekündigt mit dem Ziel, eine Regelung nach dem Arbeitsgesetzbuch herbeizuführen, und zwar so lange, wie es keine neue all-gemeingültige Festlegung gibt. Ich bedaure, daß die gewerkschaftlichen Rechte nun hinter dem zurückbleiben, was der Ministerrat angeboten hat und weiterhin für alle Gewerkschaften möglich sein sollte.

Was Differenzzahlungen an Angehörige des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit betrifft, so ist der Regierung durch ein unabhängiges Rechtsgutachten bestätigt worden, daß sie mit ihrem hier gefaßten Beschluß vom 15. Dezember zunächst rechtens entschieden hat. Angesichts der starken öffentlichen Reaktion gerade gegen diesen Beschluß ist es jedoch geboten, die 3-Jahres-Regelung nicht anzuwenden, sondern eine neue Regelung zu finden, ausgehend von der Besoldungs- bzw. Versorgungsordnung für die bewaffneten Kräfte, für die das Arbeitsgesetzbuch gilt, aber bei diesen Beschäftigten erhebliche Probleme der Wiedereingliederung auftreten können oder bereits eingetreten sind. Diese Alternative möchte die Regierung im Interesse eines innenpolitischen Konsenses dem Runden Tisch zur Beratung unterbreiten, um einen tragfähigen Ausgangspunkt für den erforderlichen Ministerratsbeschluß zu haben. Es darf — das möchte ich generell sagen — auch aus innenpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen keine Verletzung geltenden Rechts gehen. Würde dies zugelassen, käme die gesamte Rechtsordnung in Gefahr. Rechtsstaatliches Handeln, Einhalten der Gesetze — dies ist notwendig für jeden Bürger, für jeden Staatsangestellten, für die Arbeiter aller Betriebe, Kabinete und Institutionen. Und das war es doch auch, was wir vor allem als bestimmenden Inhalt der demokratischen Umwälzung in unserem Land zugleich verstehen. Rechtsstaatlichkeit ist gefordert, und sie muß gewahrt sein.

Braucht die DDR einen Verfassungsschutz?

Ein ganz anderer innenpolitischer Aspekt. Wir stellen mit großer Sorge Gewalttätigkeiten fest, Aktionen von Neonazis oder von Leuten, die es werden könnten, auch Ausländerfeindlichkeit. Die abscheuliche Schmiererei am Ehrenmal in Berlin-Treptow ist nur ein Symptom. Am 1. Januar war in Karl-Marx-Stadt zu hören „Kommunisten raus — Nazis rein“. Aus Beeskow wird berichtet, daß junge Leute in Zivil brutal zusammengeschlagen wurden, nur weil sie Offizierschüler sind.

Rufe der Schlägertrupps wie „Dreckige Kommunistenschweine“ und „Euch schlagen wir tot“ zeugen den politischen Standort und die Gefährlichkeit bestimmter Gruppen von Extremisten. Gemeinsam müssen sich alle demokratischen Kräfte entschieden gegen solche Erscheinungen stellen.

Ebenso ist es hier notwendig, die Organe der Staatsmacht konsequent einzusetzen. Es ist auch hohe Zeit, den Anfängen eines Extremismus zu wehren, der offenbar in zunehmendem Maße grenzüberschreitend wirksam zu werden beginnt.

Internationale Erfahrung lehrt, daß es neben der Armee und der Polizei verfassungsmäßige Dienste geben muß, die mit spezifischen Mitteln Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit zu gewährleisten haben. Dazu sind der Nachrichtendienst der DDR und der Verfassungsschutz unter ziviler Leitung bestimmt. Es geht um Aufgaben zur Sicherung des Friedens, zur Erhaltung der Souveränität und

zur Stärkung der Wirtschaftskraft der DDR, um den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren, die aus Terrorismus, Rauschgiftkriminalität, Extremismus und ökologischen Verbrechen hervorgehen. Darauf hat sich die Arbeit der neuen Dienste zu konzentrieren. Das muß auf gesetzlicher Grundlage und unter parlamentarischer Kontrolle sowie mit der notwendigen Öffentlichkeit geschehen.

Die Regierung hat deshalb dem Präsidium der Volkskammer die Bildung einer parlamentarischen Kontrollkommission vorgeschlagen. Wir haben ferner der Volkskammer empfohlen, die bisherige Arbeiter-und-Bauern-Inspektion in ein Komitee für Volkskontrolle unter direkter Verantwortung der Volkskammer umzugestalten. Wir meinen, daß sich dieses Komitee zunächst voll auf die Kontrolle der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit konzentrieren könnte. Bei den beiden Diensten handelt es sich keinesfalls darum, die alte Struktur aufrechtzuerhalten oder die Arbeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit fortzusetzen, dessen rechtswidrige Praktiken erneut mit aller Entschiedenheit zu verurteilen sind und insbesondere vom ehemaligen Minister verantwortet werden müssen.

Die Bürger der DDR — und das ist der Kern der Sache — haben ebenso wie die Bürger westlicher Staaten einen Anspruch auf Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit. Dazu gehört auch der Schutz vor subversiven Aktivitäten und anderen verfassungswidrigen Handlungen. Wer von einer Regierung verlangt, daß sie die Sicherheit des Landes und im Lande gewährleistet, muß ihr auch die dafür erforderlichen Einrichtungen zugesichert werden. Es muß daher ein Weg gesucht und gefunden werden, der diesen Erfordernissen Rechnung trägt. Ein Sicherheitsvakuum kann und darf es im Interesse der Bürger unseres Landes nicht geben. Die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit ist demzufolge weiter so zu gestalten, daß wir diese Interessensansprüche der Bürger für ihre Sicherheit gewährleisten und nun gemeinsam darüber nachdenken haben, wie ein Konsens gefunden wird, der auch diese Erwartungen und Ansprüche der Bürger an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gewährleistet.

Wir gehen davon aus, daß die Regierung vorfristig zum 15. Januar vor dem Runden Tisch eine detaillierte Information über die Sicherheitslage gibt, darin der Generalstaatsanwalt einbezogen sein wird und dann ein solcher Weg gesucht werden muß, der die Sicherheit der Bürger gewährleistet.

In den ersten Wochen der Regierungsarbeit — um auch daran zu erinnern — ist eine Vielzahl von Problemen aufgetreten, die am Tag der Wahl der Regierungsmitglieder noch nicht oder kaum zu erkennen waren. So wurden immer neue Fälle von Korruption und Amtsmissbrauch aufgedeckt, beunruhigten die Öffentlichkeit. Es ist notwendig, hier sorgfältig zu untersuchen. Ebenso aber erwarten wir, daß bei klaren Tatbeständen die rechtlichen Konsequenzen eingeleitet werden. Zu entscheiden hat dann allein das zuständige Gericht.

Bis in diese Tage reichen Demonstrationen mit zugesetzten Forderungen nach Wiedervereinigung, die im In- und Ausland Befürchtungen eines Aufkommens nationalstiller Kräfte sowie von Gewalttätigkeiten wecken. Dagegen wurden und werden immer wieder nachdrücklich Forderungen nach Eigenständigkeit der DDR laut, die unverzichtbar für die Stabilität der politischen Lage in Europa ist, und dies wird bekanntlich auch von vielen Politikern und einer breiten Öffentlichkeit der europäischen Staaten bekräftigt.

In diesem Zusammenhang ist insgesamt im innenpolitischen Bereich ist Vertreter der Kirche für ihren maßgebenden, zu Besonnenheit mahnenden und ausgleichenden Einfluß sehr zu danken. Ich hatte selbst mehrfach Gelegenheit, kirchlichen Amtsträgern diesen Dank auszusprechen. Auch als Veranstalter der Runden Tische haben sie sich im hohen Maße verdient gemacht.

Wie steht die Regierung zum Runden Tisch?

Im Prozeß der demokratischen Erneuerung der DDR nehmen die Runden Tische in Berlin und in den Bezirken einen wichtigen Platz ein. In ihnen sieht sich den Erfordernissen der Zeit stellen, können sie nachhaltigen Einfluß auf die Stabilisierung unseres Landes ausüben. Dies sollte die Hauptaufgabe sein. Ich betone dies bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der neuen Parteien und Gruppen, sich konkreter Verantwortung zu stellen.

Die Regierung hat sich zur konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch bekannt und beweis durch die Tat. So haben am 22. Dezember Frau Prof. Luft und weitere Regierungsvertreter auf Ersuchen des Runden Tisches Erläuterungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gegeben. Dies wird fortgesetzt; denn die Regierung braucht und

sucht den Rat der am Runden Tisch beteiligten Parteien und Gruppierungen.

Die Demokratisierung ebenso wie die Stabilisierung und Reform der Wirtschaft erfordern den Konsens aller verantwortungsbewußten politischen Kräfte. Insbesondere in dem Gespräch mit Vertretern der neuen Parteien und Gruppierungen am 2. Januar im Amtssitz des Ministerrates bestand Übereinstimmung darin, daß Regierung und Runder Tisch sich von der gemeinsamen Verantwortung für die Geschicke unseres Volkes leiten lassen und deshalb in ihren Beziehungen gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen brauchen.

Regierungsmitglieder und Experten werden auch künftig zu vorher abgestimmten Themenkreisen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie sowie zu anderen Fragen dem Runden Tisch Rede und Antwort stehen. Ferner wurde der Arbeitsplan des Ministerrates wie auch der Gesetzgebungsplan für 1990 den Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches zur Information übergeben. Auch das sind Anregungen, eigene Ideen einzubringen.

Insbesondere möchte ich den Runden Tisch auffordern, inhaltliche Vorschläge für mein nächstes Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl zu machen. Gleiches gilt für Anregungen oder detaillierte Vorstellungen zur künftigen Zusammenarbeit der DDR im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Den Teilnehmern am Runden Tisch wurde angeboten, ab sofort durch zivile Kontrolle an der Arbeit der Regierung zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit mitzuwirken. Sogleich haben wir vorgeschlagen, die Arbeitsgruppe des Runden Tisches auf Anforderungen durch Fachleute der Regierung zu unterstützen.

Welche Chancen hat die Opposition?

Nicht unerwähnt bleiben darf schließlich ein Beschluß des Ministerrates vom 21. Dezember zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches. Dadurch werden für die neuen Parteien und Gruppierungen deutlich bessere Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Sie werden in personellen und finanziellen Fragen sowie auf andere Weise bis zum Beschluß über ein Parteiengesetz unmittelbar vom Staat gestützt.

Was bis heute vom Runden Tisch jedoch fehlt, sind ausdiskutierte Vorschläge für ein Parteien- und ein Wahlgesetz. Beide sind dringlich erforderlich, damit — wie festgelegt — Wahlen für den 6. Mai auch vorbereitet und durchgeführt werden können.

Die in dieser Woche vom Generalintendant des Fernsehens allen sich zur Wahl stellenden Parteien und Organisationen unterbreiteten Angebote zeigen, wie die Chancengleichheit konkret verwirklicht werden kann. All dies macht sicherlich unsere Bemühungen deutlich, über die Regierungskoalition hinaus Konsens und Zusammenarbeit aller Kräfte zu erreichen, die gewillt sind, an der demokratischen Erneuerung mitzuwirken, sich für die Stabilität unseres Landes zum Wohle seiner Bürger einzusetzen.

So und nur so kann ein gutes innenpolitisches Klima für die Wahl am 6. Mai gewährleistet werden. Die Opposition hat die Befürchtung geäußert, die demokratischen Erfolge, die im vergangenen Herbst errungen wurden, könnten allmählich verdrängt werden. Meine Regierung hat nichts getan und wird nichts tun, was es rechtfertigen könnte, diesen Vorwurf gegen sie zu richten. Im übrigen sind wir Gesprächsbereit, haben der Opposition Mitarbeiter angeboten und fordern sie nun auch zu Vorschlägen auf, in welcher Form sie bereit wäre, durch kompetente Persönlichkeiten an der Regierungsarbeit unmittelbar und verantwortlich teilzunehmen.

Lassen Sie mich dies noch hinzufügen: Versuche, die Legitimation dieser Regierung öffentlich zu bestreiten oder die Arbeit dieser Regierung durch ein Vetorecht gegen ihre Beschlüsse angeblich kontrollieren zu wollen, dienen nicht der Herstellung geordneter politischer Verhältnisse, unter denen ordentlich gearbeitet werden kann, von wem auch immer, in der Regierung bis zum Arbeitsplatz der Betriebe.

Jeder Bürger hat das Recht zur öffentlichen Kritik, und das sollte sich niemand nehmen lassen. Aber jeder Bürger sollte ein Interesse an der Arbeitsfähigkeit der Regierung haben. Wer da meint, ein Ministerpräsident und sein Kabinett könnten unter dem Vetorecht einer politischen Gruppe arbeiten, ist zweifellos schlecht beraten. Gleiches gilt für ultimative Forderungen, wann und wo ich binnen einer Stunde zu erscheinen hätte. Und was nun die angebliche Legitimität der Regierung betrifft, ich kann mich nicht entsinnen, durch einen Staatsstreich Ministerpräsident geworden zu sein! Die allgemein anerkannte politische Verabredung besagt, daß diese Regierung — falls sie nicht aus zwingenden Gründen eher zurücktritt — bis zur Konstituierung eines am 6. Mai neugewählten Parlaments

Vom Parlament gewählt



Kurt Wünsche

Prof. Dr. sc. jur., Diplombjurist, Minister der Justiz, LDPD. Geboren am 14. Dezember 1929 in Obernkirchen (jetzige Republik Polen). 1965–1972 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz. Seit 1972 ordentlicher Professor für Gerichtsverfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Peter Diederich

Dr. agr., Diplolandwirt, Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, BDD. Geboren am 7. November 1938 in Jena. 1974–1981 Mitglied des Rates des Bezirkes Gera für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. 1981 bis 1990 Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Gera

Hans-Joachim Lauck

Dr.-Ing., Betriebsschlosser, Diplomingenieur, Minister für Maschinenbau, SED-PDS. Geboren am 27. September 1937 in Freyburg (Unstrut). 1979–1986 Generaldirektor des VEB Qualitäts- und Edelmetallkombinat Brandenburg. Von 1986–1989 Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau

Hans-Jürgen Joseph

Dr. jur., Generalstaatsanwalt, SED-PDS. Geboren am 28. Oktober 1950 in Riesa. Wissenschaftlicher Assistent der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften der Universität Jena bis 1981. Von 1981–1985 Staatsanwalt im Bezirk Cottbus. Seit 1985 Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR, Abteilung Internationale Verbindungen

Fotos: ZB/Schöps, Settnik

und der darauf folgenden Wahl einer neuen Regierung im Amt bleibt und tätig ist.

Kurzfristige Ziele im Wahlkampf oder Politik mit Weitsicht?

Das ist keine lange Zeit mehr. Ich habe jedoch von Anfang an meine Verantwortung nicht so gesehen, nur bis zum 6. Mai zu denken und jede Entscheidung zu vermeiden, die darüber hinausreicht. Auf solche törichte Weise könnte man dieses Land sehr schnell und gründlich ruinieren. Die Krise in Wirtschaft und Gesellschaft, aus der wir heraus müssen, ist ohnehin schon tief genug. Es wäre unverantwortlich, sie auf irgendeine Weise zu vergrößern. Ich habe ein übles Erbe angetreten und nicht aus Übermut, sondern weil ich mich vor allem den Menschen dieses Landes verpflichtet fühle. Das gilt genauso für alle Mitglieder dieser Regierung. Also müssen wir tätig sein und so wirken, daß die Bürger Vertrauen zu ihrem Land, zu ihrer Regierung und zur weiteren Gestaltung unserer demokratischen Erneuerung haben und weiter vertiefen.

Wir müssen aber auch Beschlüsse fassen, die über den Mai 1990 hinausreichen, wenn wir die Wirtschaftsreform nun ernst anpacken und realisieren wollen, wenn es um den Umweltschutz geht; denn auch das erfordert Weitsicht und nach vorn gerichtete Entscheidungen. Dafür sind wir rechenschaftspflichtig, und dieser Pflicht kommen wir heute wie auch künftig nach.

In dem beginnenden Wahlkampf wird man sicherlich Verständnis haben müssen für Emotionen, kontroverse Standpunkte und insgesamt ein innenpolitisches Erscheinungsbild, das manchem Bürger ungewohnt sein wird. Kein Verständnis kann es für Einmischung von außen geben oder Versuche, eine Art Wahlkampf der BRD zu Lasten der DDR zu veranstalten. Die Bürger unseres Staates haben das unbedingte Recht, ihre Entscheidungen selbst zu treffen ohne Bevormundungen oder noch so gutgemeinte Ratschläge. Ich kann nur davon abraten, das Verhältnis DDR-BRD auf solche oder ähnliche Weise zu belasten.

Man stelle sich vor, Exponenten politischer Kräfte der BRD, die sogar Regierungsverantwortung tragen, würden sich in innenpolitischen Verhältnisse von Frankreich, Italien oder Holland in einer Weise einmischen, wie dies derzeit in der DDR geschieht. Die Regierungen dieser Länder würden dies wohl in schärfster Form zurückweisen. Der Bundeskanzler jedenfalls hat die notwendige Zurückhaltung empfohlen, und dabei sollte jeder bleiben, dem an guten und engeren Beziehungen beider Staaten gelegen ist, wie sie in Dresden verabredet worden sind.

Der Wahlkampf, wenn Sie mir diese Meinung erlauben, sollte doch wohl den Wählern zeigen, welche Programme die Parteien haben, welche Ziele sie mit freien, gleichen, geheimen Wahlen verfolgen. Diese Ziele können sich auch als kritischer Vergleich mit den Absichten der Regierung erweisen. Unbedingt aber muß es bei Gewaltlosigkeit bleiben und bei der politischen Kultur, die demokratische Erneuerung wirklich trägt.

Was die Regierung ständig braucht, ist konstruktive Kritik und vor allem tatkräftige, sachkundige Hilfe für das Bewältigen der Aufgaben, die in diesem Land Tag für Tag gelöst werden müssen. Der Ministerrat tagt wöchentlich, um ein strammes Programm straff abzuarbeiten, wenn ich dies so sagen darf. Und es wird stets über diese Beratungen in Pressekonferenzen informiert, um über die Medien die Bürger rasch von den Beschlüssen in Kenntnis zu setzen, die ja oft auch auf ihre Initiative selbst zurückgehen. Der Ministerrat hat sich als arbeitsfähig erwiesen, wie an seinen Beschlüssen, beginnend bei der Auswertung der 12. Volkskammertagung, zu erkennen ist. Im Vordergrund stehen Aufgaben von Produktion und Versorgung, soziale Fragen, Probleme des

Verkehrswesens, nicht zuletzt des Gesundheitswesens.

Wir haben die kritischen Bemerkungen in den Ausschüssen in Vorbereitung dieser Tagung nicht nur zur Kenntnis genommen. Wir werden auch daraus für die Vorbereitung der Ausschussberatungen selber in kritischer Weise Schlussfolgerungen zu ziehen haben.

Zu nennen sind auch wiederholte Beratungen mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke sowie die Konferenz mit den Generaldirektoren der Kombinate. Daraus sind der Regierung viele operative Aufgaben erwachsen, aber auch Hinweise, sich für die Wirtschaftsreform enger mit den Praktikern der Wirtschaft zu verbinden. Ich möchte hier auch darauf verweisen, daß Generaldirektoren und Betriebsleiter sich an die Regierung wenden mit der Bitte und der Aufforderung, ihre Autorität in den Betrieben weiter zu stärken, damit sie die ihnen von den Belegschaften übertragenen Aufgaben und Verantwortungen genauso wahrnehmen können, wie die Regierung und die gesamte Volkswirtschaft das von ihnen verlangen.

Ich bitte in diesem Sinne alle Werkträger darum, vertrauensvoll mit den Leitern ihrer Betriebe und den Generaldirektoren der Kombinate zusammenzuwirken, damit wir die Arbeit weiter demokratisieren, aber zugleich auch die Leistungsentwicklung in unserer Volkswirtschaft garantieren.

Die Fülle der anstehenden Gesetzesänderungen und Gesetzentwürfe zwingt weiterhin zu konzentrierter Arbeit. Sowohl der Volkskammer als auch dem Runden Tisch liegt der Plan der Gesetzgebung vor, und es wird nicht wenig in den nächsten Tagen und Wochen von uns gemeinsam an Arbeit auf diesem Gebiet zu leisten sein.

Wie ist die Lage in der Wirtschaft?

Gestatten Sie mir nun einige nähere Erläuterungen zur wirtschaftlichen Situation. Sie ist zu Jahresbeginn, rund 2 Monate nach Öffnung der Grenzen zur BRD und zu Westberlin, insgesamt weiter angespannt. Regierung und wirtschaftsleitende Organe tun alles, um die volkswirtschaftlichen Abläufe weiterhin in der Hand zu halten. Entscheidenden Einfluß darauf haben die Werkträger in den Betrieben. Unter den gegebenen Bedingungen, auch wenn sie in vielen Arbeitsstätten nicht zufriedenstellend sind, kommt es letztlich auf die eigene Leistung an. Sie schafft neben den notwendigen Bemühungen der staatlichen Stellen Voraussetzungen für wirtschaftliche Stabilität und, darauf aufbauend, wirtschaftlichen Fortschritt.

Unterstützung der DDR von außen ist geboten, und wir mahnen sie an, aber nutzen müssen wir die eigenen Möglichkeiten und die Unterstützung so gut, wie wir irgend können. In jedem Betrieb möge man sich fragen, ob der eigene Verantwortungsbereich, die eigenen Ideen, die eigenen materiellen und finanziellen Möglichkeiten bereits optimal genutzt sind. Warten auf Weisungen — das muß man offen sagen —, diese Zeit sollte doch vorbei sein. Und nun müssen wir uns auch daran gewöhnen.

In meiner Erklärung vor der 12. Tagung der Volkskammer habe ich als die wichtigste Aufgabe der Regierung hervorgehoben, die Wirtschaft der DDR aus der Krise zu führen, ihr Stabilität zu verleihen und Wachstumsimpulse zu geben. Daran haben wir gemeinsam gearbeitet, und wir können heute feststellen: Das Funktionieren der Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung im IV. Quartal 1989 wurde mit großen Anstrengungen im wesentlichen gewährleistet, und das war auch an den Festtagen zum Ende des Jahres zu spüren.

Die Werkträger der DDR haben unter komplizierten Bedingungen in angestrengter Arbeit hohe Leistungen vollbracht. Das produzierte Nationaleinkommen wuchs im Jahresverlauf 1989 ent-

sprechend den Angaben um etwas mehr als zwei Prozent, womit die geplante Größe bei weitem nicht erreicht wurde und für vier Milliarden Mark weniger Nationaleinkommen zur Verfügung steht.

Der Staatshaushalt wird mit einem Minussaldo von fünf bis sechs Milliarden Mark abschließen. In 70 Kombinate traten 1989 Gewinnschwünge von 2,1 Milliarden Mark ein. Hauptursachen dafür sind der Wegzug von über 250 000 Arbeitskräften, sich zuspitzende Disproportionen zwischen Zuliefer- und Finalproduktion und ein absoluter Rückgang der Produktion im IV. Quartal gegenüber dem Vorjahr. So wurde in den Monaten Oktober bis Dezember in der Industrie durchschnittlich je Arbeitstag für 40 Millionen Mark weniger produziert als während der ersten drei Quartale.

Besonders spürbar in seinen volkswirtschaftlichen Auswirkungen ist, daß die Produktionsziele vieler wichtiger Haupterzeugnisse an Zulieferungen und Finalprodukten nicht erfüllt wurden. Das führte zu weiter anwachsenden Vertragsrückständen, zu Diskontinuität der Produktion, einem hohen operativen Aufwand für ihre materiell-technische Sicherung und zu zusätzlichen Importen aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet.

Nach übereinstimmenden Einschätzungen beruht der Rückgang der Produktion im November/Dezember bis zu zwei Drittel auf dem Wegzug von Arbeitskräften. Gleichzeitig wirkten gestörte Kooperationsbeziehungen, fehlende Zulieferungen und unzureichende materielle Voraussetzungen. Es wurden aber auch Mängel in der Produktionsorganisation, in der Leitung und in der Haltung zur Arbeit sichtbar.

Planschulden, aber trotzdem Prämien?

Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Werkträger vielerorts durch beispielhaften Einsatz Leistungs- und Effektivitätsreserven erschlossen haben und die Sofortmaßnahmen der Regierung diese Ergebnisse brachten, an die wir nun weiter anknüpfen können. Der Ministerrat hat deshalb auch vor Jahresende beschlossen, daß auch in Betrieben, in denen kein eigenes Verschulden für nicht erfüllte Leistungs- und Effektivitätsziele 1989 vorliegt, die Zuführungen zu den betrieblichen Prämien- und Leistungsfonds entsprechend dem Plan erfolgen und Mittel für die Jahresendprämien in Anspruch genommen werden können. Wo die Leistungsziele mit weniger Arbeitskräften erreicht wurden, stand der für 1989 planmäßige Lohnfonds den Betrieben in voller Höhe zur Verfügung.

Zu den erfreulichen Resultaten gehört, daß die für die Sicherung der Rohstoffimporte so wichtigen Exportverpflichtungen gegenüber der UdSSR im wesentlichen erfüllt wurden, daß die Exporte in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet gewachsen sind, daß die Investitionspläne bei allerdingen zum Teil hohen unsaldierten Rückständen insgesamt überboten wurden und daß besonders zum Jahresende eine Stabilisierung der Situation im Gütertransport eingetreten ist.

Sind in diesem Jahr Getreideimporte erforderlich?

Durch die engagierte Arbeit der Genossenschaftsbauern wurde der Plan für das staatliche Aufkommen an tierischen Erzeugnissen in allen Positionen übererfüllt. Es ist jedoch wegen der ungünstigen Witterung des vorigen Jahres erforderlich, für die Zeit bis zur neuen Ernte 1,5 Millionen Tonnen Getreide zu importieren. Eine Offenlegung über die Erntesituation des vergangenen Jahres ist gestern bekanntlich auch in der Presse in umfassender Weise erfolgt.

Besonders wichtig ist die Feststellung, daß die Versorgung der Bevölkerung, insbesondere mit Waren des Grundbedarfs, trotz

(Fortsetzung auf Seite 4)

